



Protokoll der 24. Sitzung des Einwohnerrates

vom 28. Januar 2015, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Baumgartner Verena und Porchet Pascal

Traktanden

Laufnummer

- Traktandenliste: -
- Die Interpellation „Parkplätze entlang Kasernenstrasse“ (Nr. 2014/165) wird gemäss Antrag des Stadtrates und Vorschlag des Büros von der Traktandenliste abgesetzt und das Geschäft auf die nächste Ratssitzung vom 25.03.2015 nochmals traktandiert.*
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 26.11.2014 und 17.12.2014 -
://: Die Protokolle der beiden letzten Ratssitzungen werden genehmigt.
 2. Schulanlage Frenke - Berichte Stadtrat, Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) betreffend Investitionskredit von TCHF 11'500 für Sanierung des Primarschulhauses in der Schulanlage Frenke; 1. Lesung 2014/145
Das Geschäft wird anlässlich der 1. Lesung beraten. In einer 2. Lesung an der Sitzung vom 25.03.2015 wird das Geschäft nochmals beraten und über die Anträge abgestimmt. 2014/145a
2014/145b
 3. Beiträge für den Besuch von Privatschulen: Reglementsänderung 2015/169
://: Der beantragten Reglementsänderung wird einstimmig zugestimmt.
 4. Überdeckung Burgeinschnitt - Bericht des Stadtrats zum Postulat von Michael Bischoff betreffend Machbarkeitsstudie zur Überdeckung des Burgeinschnittes im Rahmen des Ausbaus auf vier Geleise der SBB 2012/10b
://: Der Rat nimmt einstimmig die stadträtlichen Schlussfolgerungen gemäss Vorlage Nr. 2012/10b zur Kenntnis.
 5. Ladenmix - Postulat „Attraktiver Ladenmix im Stedtli“ von Diego Stoll der SP-Fraktion, Thomas Eugster der FDP-Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion 2014/162
://: Mit 27 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.
 6. Schulsozialarbeit - Bericht Stadtrat zum Postulat von Dominique Meschberger der SP-Fraktion betreffend Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule 2014/122
2014/122a

://: Der Rat beschliesst die Rückweisung des stadträtlichen Berichtes zum Postulat mit 21 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen, ohne dass er den weiteren Anträgen der FDP-Fraktion folgt.

7. Allee - Interpellation „Allee - kleine Schanze in Liestal?“ von Diego Stoll der SP-Fraktion und Daniel Spinnler der FDP-Fraktion 2014/161
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
8. Fragestunde
In der Fragestunde werden vom Stadtrat 3 Fragen beantwortet.
9. Parkplätze entlang Kasernenstrasse - Interpellation „Sturz nach Kollision mit Autotüre: Velofahrerin tot“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2014/165
Vertagt wegen Zeitmangel.
10. Religionsunterricht in Primarschule - Interpellation „Religionsunterricht in der Primarschule“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion 2014/166
Vertagt wegen Zeitmangel.
11. Plakatierungen - Interpellation betreffend wilden Plakatierung von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion 2014/167
Vertagt wegen Zeitmangel.
12. Markt - Postulat der SVP-, SP- und FDP-Fraktion sowie von Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend dem Liestal Markt 2014/168
Vertagt wegen Zeitmangel.

Ratspräsident Heinz Lerf (FPD) begrüsst die Rats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur ersten Sitzung im Jahr 2015.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Die Sitzung sollte wegen dem anschliessend stattfindenden Jahresschlusssessen um ca. 18.15 Uhr geschlossen werden können. Der Apéro findet um 18.30 Uhr im Rathaus sowie das Jahresschlusssessen um 19.00 Uhr im Caffè Mooi statt.
- Da es wegen der kurzen Sitzungsdauer keine Pause gibt, wird die „Fragestunde“ ausnahmsweise am Schluss der Sitzung als letztes Traktandum behandelt.
- Ganz speziell dürfen die beiden neuen Ratsmitglieder Patricia Bergamin (SVP) und Bernhard Bonjour (SP) im Rat willkommen geheissen werden.

SVP-Fraktionspräsident Beat Gränicher stellt Patricia Bergamin (SVP) als neues Ratsmitglied kurz vor: Die neue Ratskollegin ist in Liestal geboren und hatte ihre Schul- und Jugendzeit in Frenkendorf verbracht. Die Lehre hatte sie in Liestal absolviert. Nach der Heirat und der Geburt ihrer Kinder hatte sie von 1990 - 2005 in Waldenburg gewohnt, bevor sie dann in Liestal zugezogen ist. Seit 2010 arbeitet sie wieder in der Kantonalen Steuerverwaltung in Liestal, nachdem sie fünf Jahr zuvor auf dem Steuerbüro Füllinsdorf tätig war.

SP-Fraktionspräsident Patrick Mägli stellt Bernhard Bonjour (SP) den Ratsmitgliedern ebenfalls kurz vor: Bernhard Bonjour ist Lehrer am Gym Muttenz und an der SOL in Liestal. Er gehört der SP Liestal an, nachdem er vor vielen Jahren von Basel nach Liestal zugezogen war. Er ist nicht das erste Mal hier im Landratssaal, hatte er doch schon vor mehr als 30 Jahren als Journalist hier aus dem Saal berichtet.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Adressverzeichnis Einwohnerrat, Fassung vom 01.01.2015
- Kommissionsverzeichnis Einwohnerrat, Fassung vom 01.01.2015
- Neue Vorstösse Nr. 2015/171 - Nr. 2015/175

Neue persönliche Vorstösse

- Jugendparlament - Postulat „Förderung des politischen Engagements der Jugendlichen“ von Anna Ott der Grünen Fraktion, Diego Stoll der SP-Fraktion, Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Beat Gränicher der SVP-Fraktion (Nr. 2015/171)
- WLAN öffentlich - Postulat „Öffentliches WLAN im Stedtli zur Attraktivitätssteigerung der Liestaler Innenstadt“ von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/172)
- Radonmessungen - Interpellation betreffend Radon-Messungen von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/173)
- Spital-Friedhof - Postulat von Gerhard Schafroth, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Spitalfriedhof erhalten (Nr. 2015/174)
- Schöntalweg velofrei - Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend velofreiem Schöntalweg (Nr. 2015/175)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Patrick Mägli (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen des Stadtrates

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, dass es dem Stadtrat nach dem Shitstorm der letzten Wochen doch wichtig ist, heute kurz über die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde KESB zu informieren. Eine wichtige und grundsätzliche Erkenntnis ist, dass Streitereien und Empörungen über Massnahmen im sensiblen Feld von Kinderschutzmassnahmen leider immer wieder auftreten, unabhängig davon, ob es sich nun um eine Laienbehörde wie beispielsweise die frühere Vormundschaftsbehörde oder die heutige professionelle KESB handelt. Und leider werden sich auch dramatisch und tragisch verlaufende Einzelfälle trotz sorgfältigstem Vorgehen nie mit hundertprozentiger Sicherheit vermeiden lassen. Der KESB-Kreis Liestal mit seinen 12 Gemeinden funktioniert gut. Die Qualität der Arbeit ist gut, wurde doch bspw. noch keine Aufsichtsbeschwerde eingereicht und es sind auch nur wenige Beschwerden beim Gericht betreffend gesprochenen Massnahmen aktenkundig. Die Kommunikation zu den Gemeinden funktioniert und die Verantwortung befindet sich bei der Profi-KESB am richtigen Ort. Die mit der ZGB-Revision angestrebten Ziele hinsichtlich einer Qualitätsverbesserung, dem Senken der Willkür, die Stärkung der Selbstbestimmung der Klienten usw. wurden erreicht. Der Austausch zwischen der KESB und den Gemeinden funktioniert und ist den Ausführungsbestimmungen zum Vertrag über die KESB Kreis Liestal strukturell klar geregelt: Abklärungen werden über den Sozialdienst der einzelnen Gemeinden vorgenommen; die Berufsbeistände werden von den einzelnen Gemeinden gestellt; die Delegiertenversammlung beschliesst Budget und Rechnung und ist Wahlbehörde für die Mitglieder des KESB-Spruchkörpers; in der aus 3 Mitgliedern bestehenden GRPK ist auch die Stadt Liestal mit Marianne Quensel der FIKO Liestal vertreten. Auch muss bedacht werden, dass die KESB gegenüber der früheren Vormundschaftsbehörde mehr neue und zusätzliche Aufgaben zugewiesen bekommen hatte: Vorsorgeaufträge und medizinische Massnahmen bzw. die Umsetzung von Patientenverfügungen, die Anordnung von fürsorgerischen Unterbringungen, die Anordnung betreffend dem Entzug der elterlichen Gewalt, die Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge usw. Die Fallzahlen für Liestal haben sich seit der KESB-Einführung im Jahr 2013 von 250 aktiven Massnahmen auf 256 aktive Massnahmen im 2014 entwickelt. Gemäss Amtsberichten musste man im Jahr 2005 noch 222 Fälle, im Jahr 2007 insgesamt 212 Fälle und 194 Fälle im 2009 verzeichnen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Stadtrat auf keinen Fall zurück zur alten Vormundschaftsbehörde möchte. Die KESB bringt zwar Mehrkosten mit sich, bietet aber auf verschiedenen Ebenen auch mehr Qualität: Die KESB ist eine professionelle Behörde und garantiert für einen Pikettendienst rund um die Uhr; die Rechtsgleichheit für alle Klienten hat sich verbessert, die Selbstbestimmung für die Klienten konnte gestärkt werden usw. Der Stadtrat achtet darauf, die Entwicklung der KESB weiterhin kritisch konstruktiv zu begleiten. Auch wird der Stadtrat stetig darauf hinwirken, dass die KESB schlank und effektiv bleibt. Für die Zielerreichung ist es nötig, dass eine statistische Erfassung von Fallzahlen und Massnahmen inkl. Kostenfolgen vorgenommen wird.

Stadtrat Franz Kaufmann kann darüber berichten, dass im Jahre 2009 das Qualitätssystem Q2E an der Schule Liestal eingeführt wurde. Nach sechs Jahren musste man sich wieder der Qualitätskontrolle unterziehen und so sind im vergangenen Jahr verschiedene Evaluationen mit Elternbefragungen, der Überprüfung interner Strukturen, Interviews mit den Schulräten usw. durchgeführt worden. Am letzten Mittwoch hatte ein abschliessendes Hearing stattgefunden, bei welchem die Schule Liestal das Label wieder bekommen hatte, dies erfreulicherweise gar mit dem der neuen „Master“-Qualifikation. Ein grosser Dank gebührt natürlich der Schulleitung unter der Leitung von Bereichsleiter Jean-Bernard Etienne, welche mit drei Personen auf der Tribüne präsent ist.

Traktandenliste

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass der Stadtrat und das Büro dem Rat vorschlagen, dass das Traktandum Nr. 8 bzw. die Beantwortung der Interpellation „Parkplätze entlang Kasernenstrasse“ (Nr. 2014/165) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt wird. Der Vorstoss wird vom Stadtrat auf Wunsch des Interpellanten bis zur nächsten Ratssitzung vom 25. März 2015 schriftlich beantwortet.

Gehard Schafroth (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass er sich mit der Neutraktandierung seines Vorstosses einverstanden erklären kann.

://: Der Rat stimmt dem Antrag zu, weshalb das Geschäft betreffend der Beantwortung der Interpellation „Parkplätze entlang der Kasernenstrasse“ (Nr. 2014/165) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und auf die nächste Ratssitzung vom 25. März 2015 neu traktandiert wird.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 13. Januar 2015 mit der beschlossenen Änderung behandelt.

253 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 26.11.2014 und 17.12.2014

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend den Protokollen der beiden letzten Sitzungen eingegangen sind.

Er kann feststellen, dass zum Geschäft und den beiden Protokollen aus der Ratsmitte keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die beiden Protokoll vom 26.11.2014 und 17.12.2014 werden einstimmig genehmigt.

254 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Schulanlage Frenke - Berichte Stadtrat, Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) betreffend einem Investitionskredit von TCHF 11'500 für die Sanierung des Primarschulhauses in der Schulanlage Frenke, 1. Lesung (Nr. 2014/145)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) verweist auf den umfangreichen BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/145a und hält als Präsident der Bau- und Planungskommission die wesentlichen Punkte sowie Ergänzungen kurz fest: Anhand des allgemein bekannten Fragebogens wurde das Geschäft an vier intensiven Sitzungen beraten. Sämtliche Fragen der Ratsmitglieder wurden zur vollsten Zufriedenheit beantwortet. Das vom Stadtrat vorgeschlagene Projekt kann schlichtwegs als Optimalvariante bezeichnet werden und die BPK möchte an diesem Projekt auch nichts ändern. Auch ist das Kosten-Nutzenverhältnis beim Sanierungsprojekt optimaler, als bei einem Neubau der Schulanlage. Betreffend der Gruppenräume wird sich die SBK-Präsidentin noch betreffend den bildungsinhaltlichen Aspekten äussern, erwähnen möchte er aber doch nochmals, dass die BPK auch in diesem Fall das Projekt sowie die Vorgehensweise des Stadtrates unterstützt. Die Kosten spielen beim vorliegenden Geschäft angesichts des grösseren Investitionsvolumens sicher eine wichtige Rolle und so sind diese von der BPK auch angeschaut worden. Sämtliche Kostenpositionen sind nachvollziehbar und ein finanzieller Spielraum konnte nicht ausgemacht werden. Auch ist die BPK hocheifrig darüber, dass nach Abschluss der Sanierungsarbeiten die verlangten Energieverbrauchswerte des MinergieP-Standards deutlich unterschritten werden. Die BPK steht geschlossen hinter dem Projekt und den Vorschlägen des Stadtrates, weshalb man dem Rat einstimmig die Genehmigung der stadträtlichen Anträge vorschlägt. Namens der BPK möchte er abschliessend dem Stadtrat und allen Beteiligten der Verwaltung sowie zugezogenen Experten etc. den besten Dank im Zusammenhang mit der Ausarbeitung sowie Beratung der Vorlage aussprechen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) hält fest, dass gemäss § 78 des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat das Geschäft zweifach zu beraten ist, da die Vorlage Nr. 2014/145 mit einem Investitionskredit von TCHF 11'500 dem obligatorischen Referendum untersteht. Das heisst, dass über die Anträge erst nach der 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung vom 25. März 2015 abgestimmt wird.

Corinne Ruesch (GL) nimmt als Präsidentin der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) Bezug auf den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2014/145b und stellt fest, dass die Vorlage von der SBK schweremotig aus der Bildungsperspektive vorgeprüft wurde. Der Schulalltag wird auch nach dem Abschluss der Sanierungsarbeiten nicht grundlegend anders aussehen und doch ist bei der Beratung des Geschäfts klar geworden, dass die Struktur der Schulräumlichkeiten die Möglichkeiten im Schulalltag beeinflussen. Im Hinblick auf die anstehenden Schulhaussanierungen sind dem Rat vor rund 3 Jahren Richtlinien betreffend der Ausstattung von Schulhäusern zur Kenntnis gebracht worden. Beim vorliegenden konkreten Projekt spielt der finanzielle Faktor halt auch eine wichtige Rolle, sind doch nebst den pädagogischen Anforderungen auch Sicherheitskriterien usw. zu berücksichtigen. Bei der Sanierung ist der Platz beschränkt und nicht alle Anforderungen gemäss Richtlinien können umgesetzt werden, doch kann sich die SBK ebenfalls mit den stadträtlichen Priorisierungen einverstanden erklären. Es ist aber schade, dass vorhandener Raum in den Schulgängen wegen feuerpolizeilichen Vorschriften nur beschränkt als Gruppenräume genutzt werden können. Es ist deshalb wichtig, dass bei der Bauausführung mögliche spätere Gestaltungsmöglichkeiten in den Gängen usw. nicht eingeschränkt und die schulrele-

vanten Bedürfnisse mit einbezogen werden. Die Schulleitung und auch eine Lehrkraftvertretung werden in der Baukommission vertreten sein, was vor allem bei der Bauausführung wichtig sein dürfte. Im Zusammenhang mit dem Schulbetrieb während der Bauphase unterstützt die SBK mehrheitlich die Meinung des Stadtrates und der Schulleitung, doch müssen diesbezüglich insbesondere die kritischen Strassenübergänge im Auge behalten werden. Auch die SBK möchte sich für das Engagement des Stadtrates sowie der Verwaltung im Zusammenhang mit der Sanierung der Schulanlage bestens bedanken und stimmt den stadträtlichen Anträgen zu.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) fand die Beratung des Geschäfts in der Kommission spannend und interessant. Es wurden fundierte Abklärungen getroffen, dem Projekt wurde genügend Zeit eingeräumt und die massgebenden Punkte sind in den beiden Berichten der BPK sowie SBK aufgeführt. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten wird man ein neues Schulhaus haben, welches die wichtigsten Bedürfnisse abdeckt und neueste energetische Vorzüge mit sich bringt. Die Mittefraktion würde es noch interessieren, wie viel ein Schüler nach Abschluss der Sanierungsarbeiten kostet. Der Investitionskredit von 11,5 Mio. Franken sollte keinesfalls überschritten werden, da nach den fundierten Vorabklärungen auch nicht mit Zusatzkosten zu rechnen ist. Wichtig ist auch ein positives Resultat bei der Urnenabstimmung, denn einen Plan B gibt es nicht.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, dass mit der Vorlage ein wichtiges Kapitel im Zusammenhang mit der Sanierung der Schulanlagen in Angriff genommen wurde und mit dem ersten Projekt werden auch die Massstäbe für die kommenden Schulhaussanierungen gesetzt. Es ist erfreulich, dass man mit den Bauarbeiten auch Räume für Gruppenarbeiten geschaffen werden und Anforderungen erfüllt werden können. Beim vorliegenden Projekt setzt Liestal das Energiestadt-Label konsequent um, kann gemäss Statistik der auf Heizöl umgerechnete Energieverbrauch von 14 Litern auf neu 2,2 Liter pro m² Energiebezugsfläche reduziert werden und somit wird auch der mit MinergieP geforderte Verbrauch von 2,5 Liter pro m² beim vorliegenden Projekt deutlich unterschritten. Werden alle Schulliegenschaften nach dem gleichen Standard saniert, könnten schlussendlich rund 200'000 Liter an Heizöl pro Jahr eingespart werden. Seine Fraktion bedankt sich für die konsequente Umsetzung der Energiesparmotion durch den Stadtrat und unterstützt den stadträtlichen Finanzantrag einstimmig.

Dominique Meschberger (SP) sagt, die SP-Fraktion bedanke sich für die ausführliche Vorlage des Stadtrates sowie die aufschlussreichen und guten Kommissionsberichte der BPK und SBK. Die Sanierungsarbeiten sind zweckmässig und es wurden in finanzieller und pädagogischer Hinsicht Kompromisse eingegangen, welche wichtig und richtig sind. Der Schulbetrieb während den Bauarbeiten bzw. gewisse kritische Stellen auf den Schulwegen bereiten ihr etwas Sorge und ein entsprechendes Augenmerk darauf ist wichtig. Auch hofft man, dass betreffend den Arbeitsnischen sowie Gruppenräumlichkeiten gute Lösungen gefunden werden können. Es ist wichtig, dass die Schulleitung und die Lehrpersonen-Vertretung bei den weiteren Abklärungen und Kommissionsarbeiten mit einbezogen werden. Ihre Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) weist darauf hin, dass die Sanierung der Frenken-Schulanlage den Anfang diverser Schulhaussanierungen markiert, wofür in den nächsten Jahren insgesamt 35 Mio. Franken investiert werden. Auf die Fragen der BPK und der SBK hatte man umfassend Auskunft erhalten und nach Sichtung der beiden Kommissionsberichte kann man feststellen, dass man bekommen hat, was man bestellt habe. Mit der Sanierung der Schulanlage verabschiedet man sich schlussendlich auch von einer Energieschleuder, wird doch beim neuen Schulhaus gar die Kennzahl von MinergieP unterschritten. Das neue Schulhaus wird erdbebensicher sein, bietet den erforderlichen Raum für die familienergänzenden Tagesstrukturen und zudem ist man auch für die Umsetzung von HarmoS gewappnet. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass betreffend den Gruppenräumen ein akzeptabler Kompromiss gefunden werden konnte und mit der flexiblen Raumstruktur im ganzen Schulhaus sind auch Nutzungsänderungen einfacher möglich. Im Zusammenhang mit der Planungskredit-

Genehmigung ist man von einem Investitionsvolumen von 6 - 7 Mio. Franken ausgegangen und der beantragte Investitionskredit von 11,5 Mio. Franken hatte dann doch überrascht. Seine Fraktion ist nach genauer Prüfung und Betrachtung der Zahlen zum Entschluss gekommen, dass die ursprüngliche Summe doch unrealistisch und ungenau war. Die Analysen wie GEAK und Stratus sind wohl für die Gebäudezustandsanalysen dienlich, doch geben diese keine verlässlichen Zahlen betreffend den Sanierungskosten ab. Es ist begrüssenswert, dass der Stadtrat die Zahlen weiterer Sanierungsprojekte genauer unter die Lupe nehmen und gegebenenfalls die entsprechenden Budget-Korrekturen vornehmen wird. Seine Fraktion steht dem beantragten Investitionskredit insgesamt positiv gegenüber.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, dass das Wichtigste schon von den Vorrednern gesagt wurde. Auch die SVP-Fraktion steht voll und ganz hinter der Vorlage, welche zusammenfassend als Optimalvariante mit Kompromissen und ohne Luxuslösungen bezeichnet werden kann. Gestört hat lediglich der Sicherheitswahn, der auch beim vorliegenden Geschäft einmal mehr zum Vorschein gekommen ist. Auch seine Fraktion wird die stadträtlichen Anträge unterstützen.

Lisette Kaufmann (GL) meint, dass sich die vorgängigen Aussagen von Fraktionssprecher Hanspeter Zumsteg vorwiegend auf den BPK-Bericht bezogen hatten. Bezugnehmend auf den zweiten Kommissionsbericht möchte sie festhalten, dass auch von der neuen SBK-Kommission bei der Beratung ihrer ersten Vorlage sehr gute und wertvolle Arbeit geleistet wurde. Ihre Fraktion hofft, dass mit der Vertretung der Lehrerschaft in der Baukommission der Gestaltungsspielraum betreffend den Räumlichkeiten dann doch zu Gunsten der pädagogischen Funktionalität gehen wird.

Daniel Spinnler (FDP) bemerkt, dass ihn als FIKO-Präsident der Zeitungsbericht von letzter Woche betreffend der Schulhaussanierung in Sissach erstaunt habe, soll doch das Schulhaus in Sissach drei Mal mehr Klassen als Liestal haben und nicht mehr kosten als die Sanierung der Schulanlage Frenken. Bei seinen Abklärungen und Vergleichen hatte er festgestellt, dass im Sissacher-Schulhaus nie 36 Klassen untergebracht werden können. Beim vorliegenden Projekt der Schulanlage Frenke handelt es sich sicher nicht um eine Luxuslösung, sondern um ein Projekt, welches so auch genehmigt werden kann.

Stadtrat Franz Kaufmann bedankt sich für die gute Aufnahme der stadträtlichen Vorlage im Rat. Nach verschiedenen Optimierungen hat der Stadtrat dem Rat einen Kompromissvorschlag unterbreitet, weil man sich entschieden hatte, innerhalb den bestehenden Gebäudehüllen zu bleiben. Für ihn war insbesondere die Beratung in der SBK wichtig, in welcher schwierige Fragen betreffend den Gruppenräumen, den Schulwegen während den Bauarbeiten usw. offen diskutiert werden konnten. Der Einbezug der Lehrpersonen im Zusammenhang mit der Schulhaussanierung ist wichtig. Die Energiekennzahlen dürften die Lehrkräfte wohl eher weniger als beispielsweise die neuen Anschlussmöglichkeiten für den Beamer usw. interessieren.

Stadtrat Peter Rohrbach hält betreffend der Entwicklung der veranschlagten Kosten fest, dass man früher wohl verschiedenen Fragen zu wenig Beachtung geschenkt bzw. Zahlen hinterfragt hatte, daraus aber die Lehren gezogen habe. Festhalten möchte er zudem, dass sich die Gebäudekosten auf rund 8,8 Mio. Franken belaufen und über 2,5 Mio. Franken für andere Investitionen sowie Kosten nötig sind. Betreffend den zu vergebenden Aufträgen sind auch bei diesem Bauprojekt die gesetzlichen sowie reglementarischen Submissionsbestimmungen zu berücksichtigen. Bezüglich dem erwähnten Sicherheitswahn kann er darüber informieren, dass die gleichen Diskussionen in der Vergangenheit beispielsweise auch im Zusammenhang mit der Stadtsaalbenützung und dem Jugendzentrum Joy geführt worden, wo man die Maximal-Belegung definieren und umsetzen musste. Natürlich muss man die Empfehlungen der Fachleute nicht immer befolgen, doch wer würde die Verantwortung übernehmen, wenn etwas passieren würde? Betreffend den Energiesparmassnahmen muss man

den Energieverbrauch bzw. die -entwicklung in den nächsten Jahren anhand von realen Zahlen vergleichen und beobachten.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und das Geschäft in einer 2. Lesung an der nächsten Sitzung vom 25. März 2015 nochmals beraten und über die Anträge abgestimmt wird.

255 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Privatschul-Beiträge - Beiträge für den Besuch von Privatschulen: Reglementsänderung (Nr. 2015/169)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten im Rat unbestritten ist und der Rat dem Vorschlag des Büros für eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage stillschweigend zustimmt.

Er kann zudem feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und deshalb über die Anträge des Stadtrates abgestimmt werden kann, über welche er zusammenfassend in 1 Abstimmung beschliessen lässt.

://: Der Einwohnerrat stimmt einstimmig der Änderung des Reglements über die Gewährung von Beiträgen im Zusammenhang mit dem Besuch privater Schulen (ESL 640.1) mit Inkrafttreten der Reglementsänderung ab Schuljahr 2015/2016 zu.

256 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Überdeckung Burgeinschnitt - Bericht des Stadtrats zum Postulat von Michael Bischoff betreffend Machbarkeitsstudie zur Überdeckung des Burgeinschnittes im Rahmen des Ausbaus auf vier Geleise der SBB (Nr. 2012/10b)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass das Postulat Nr. 2012/10 vom Rat an der Sitzung vom 21. August 2013 bereits als erfüllt abgeschrieben wurde. Er kann nach Umfrage feststellen, dass vom Rat das Eintreten auf die Vorlage Nr. 2012/10b bzw. den stadträtlichen Bericht nicht bestritten wird.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass er sich an der Sitzung vom 19. Dezember 2012 betreffend einigen Zahlen etwas verschätzt hatte, doch hatte sich seither im Wesentlichen nicht viel geändert. Wichtig und erfreulich ist aber doch, dass die Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern SBB, Stadt und Kanton zu funktionieren scheint. Seine Fraktion ist mit dem stadträtlichen Bericht einverstanden.

Werner Fischer (FDP) dankt dem Stadtrat für den Bericht. Es ist natürlich schade, dass die Idee des Postulanten für eine Burgeinschnitt-Überdeckung mit Nutzung desselben nicht realisiert werden kann. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag ebenfalls zustimmen.

Fabian Eisenring (SP) hält fest, dass auch die SP-Fraktion wegen den begrenzten finanziellen Möglichkeiten die Idee nicht weiter verfolgt werden kann, doch wird auch seine Fraktion den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis nehmen.

Beat Gränicher (SVP) meint, der Bericht habe auch die SVP-Fraktion nicht gross überrascht und so man auch einstimmig dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig die Schlussfolgerung des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2012/10b zur Kenntnis.

257 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Ladenmix - Postulat „Attraktiver Ladenmix im Stedtli“ von Diego Stoll der SP-Fraktion, Thomas Eugster der FDP-Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion (Nr. 2014/162)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat: Attraktiver Ladenmix im Stedtli!

Soll das Stedtli weiterhin ein zentraler Treffpunkt und Einkaufsort bilden, braucht es interessante, vielfältige Angebote, welche die Kundschaft aus Liestal und Umgebung in die Altstadt locken. Ein pulsierendes Stedtli entspricht zweifellos einem (öffentlichen) Interesse der Stadt Liestal.

Auf der anderen Seite stehen die privaten Eigentümer, welche primär daran interessiert sein dürften, ihre Ladenflächen zu vermieten und Leerstände zu vermeiden. Wer sich in ihren Liegenschaften einmietet, haben allein sie – und nicht der Staat – zu entscheiden.

Unter Berücksichtigung dieser klaren Ausgangslage stellen sich die Postulanten die Frage, ob es eine Möglichkeit gibt, die beschriebenen öffentlichen und privaten Interessen zu koordinieren, um einen maximalen Nutzen für alle Parteien daraus zu ziehen.

So könnte etwa geprüft werden, ob es dienlich wäre, den Standort Stedtli aktiv zu bewerben und frühzeitig auf allenfalls frei werdende Liegenschaften aufmerksam zu machen (z.B. auf der Homepage der Stadt oder im Liestal aktuell). Auch wäre zu überlegen, ob eine Liste von Mietinteressenten erstellt werden kann, auf welche die Vermieter im Bedarfsfall zurückgreifen können. Generell wäre zu untersuchen, wie die Öffentlichkeit und die betroffenen Eigentümer für die Thematik „attraktiver Ladenmix im Stedtli“ sensibilisiert werden können.

Die Postulanten laden den Stadtrat ein, in Zusammenarbeit mit Partnern wie z.B. KMU Liestal Massnahmen zu prüfen, welche einen attraktiven, „publikumsorientierten“ Ladenmix im Stedtli begünstigen können.

Liestal, 21. November 2014

Diego Stoll
SP-Fraktion

Thomas Eugster
FDP-Fraktion

Beat Gränicher
SVP-Fraktion

Lisette Kaufmann
GrüneFraktion

Stadtpräsident Lukas Ott bemerkt, dass der Stadtrat bereit ist, den neuen Vorstoss zu übernehmen. Der Detailhandel in Liestal und insbesondere derjenige in der Rathausstrasse steht vor verschiedenen grösseren Herausforderungen und damit meint er nicht alleine die Rathausstrassen-Sanierung im 2016/2017. Im Detailhandel muss ein genereller Strukturwandel konstatiert werden. Liestal-spezifisch ist sicher die Situation, dass man in Liestal und der Region viel potenzielle Kunden hat, dass aber viel Kaufkraft am Zentrumsort Liestal vorbeifliesst, denn die neu erstellten Einkaufszentren auf den grünen Wiesen der Umgebung sind auch an Liestal nicht spurlos vorbeigegangen. Der Detailhandel trägt wesentlich zur Attraktivität sowie Zentralörtlichkeit Liestals bei. Darum ist der Stadtrat der Meinung, dass man im Zusammenhang mit dem Postulat eine allgemeine Auslegeordnung betreffend der Situation im Detailhandel macht, aber auch die Rollen der öffentlichen Hand, des Marktes, von KMU Liestal usw. klären möchte.

Thomas Eugster (FDP) dankt dem Stadtrat dafür, dass dieser den Vorstoss übernehmen möchte. Als Mitunterzeichner des Vorstosses möchte er festhalten, dass es beim Postulat nicht darum geht, dass die Stadt bestimmt, welche Läden wo in Liestal hinkommen sollen. Er wird den Eindruck nicht los, dass bei den Ladenflächen das Angebot und die Nachfrage nicht auf den gleichen Nenner kommen. Viele kleinere Ladenflächen sind immer wieder feil, doch gefragt sind vom Detailhandel meist grössere Ladenflächen. In der Folge werden dann beispielsweise aus Läden gar Wohnungen. Er ist davon überzeugt, dass viele Geschäfte nach Liestal kommen möchten, denn das Stedtli ist attraktiv und auch beim Kaufkraftindex ist Liestal hervorragend positioniert. So könnte doch beispielsweise die Lösung darin liegen, dass benachbarte Liegenschaftsbesitzer ihre Ladenflächen zusammenlegen würden, damit grössere Ladenflächen zu besseren Preisen angeboten werden könnten usw. Solche Ideen können aber wohl nur umgesetzt werden, wenn die Stadt diesbezüglich Hand bietet und bei Baubewilligungsverfahren unbürokratisch handelt etc. Die Stadt Liestal sollte vermehrt eine Vermittlerrolle wahrnehmen, mehr Transparenz schaffen und Unterstützung bieten, indem sich beispielsweise Mietinteressenten in einer Liste auf der Homepage der Stadt eintragen könnten. Damit dürfte dann auch einmal bekannt sein, welche Grössen an Ladenflächen gesucht sind, worauf Liegenschaftseigentümer dann auch reagieren können. Die FDP-Fraktion wird der Postulatsüberweisung einstimmig zustimmen.

Diego Stoll (SP) meint als Mitunterzeichner des Vorstosses, dass ihm seit Jahren bei Gesprächen und Diskussionen auffalle, dass den Kunden nicht alleine immer nur die Parkplatzfragen bei den Einkäufen beschäftigen, sondern diesen sind attraktive, vielfältige und bunte Läden beim Einkaufen noch viel wichtiger. Ihm ist auch bewusst, dass es nicht die Aufgabe des Stadtrates sein kann, dass dieser die Laden- und Warenangebote steuert sowie für die Vermittlung von Ladenflächen verantwortlich zeichnet. Mit der Überweisung des Postulates an den Stadtrat dürfen auch keine diesbezüglichen Erwartungen geweckt werden. Stellen sich aber die Stadt, KMU Liestal, Detaillisten, Liegenschaftsbesitzer usw. gemeinsam der Herausforderung, so wird ganz sicher Positives entstehen. Seine Fraktion unterstützt die Postulatsüberweisung.

Beat Gränicher (SVP) freut es als Mitpostulant, dass der Stadtrat den Vorstoss nun doch übernehmen möchte, wollte er dies doch ursprünglich nicht tun. Es war nie die Meinung, dass der Stadtrat bezüglich den Detailhandelsangeboten, dem Immobilienmarkt usw. nun selbst aktiv werden soll. Es geht vielmehr darum, dass von der Stadt die Rahmenbedingungen und eine Plattform geschaffen werden, damit sich interessierte Detaillisten und Liegenschaftseigentümer betreffend freien Ladenflächen im Stedtli informieren können. Diesbezügliche Vorabklärungen und Gespräche wurden schon im Jahr 2008 geführt und er könnte die Unterlagen zur Verfügung stellen. Die SVP-Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Lisette Kaufmann (GL) meint als Postulantin, dass wohl alle Liestaler-Einwohner an einem attraktiven Stedtli interessiert sein dürften. Die Grüne Fraktion wird sich allerdings mehrheitlich gegen die Überweisung des Postulates an den Stadtrat aussprechen, was von ihrem Fraktionskollegen Roman Schmied noch erörtert wird.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) kommt sich vor, als sei er hier an einer Vereinsveranstaltung von KMU Liestal. Das in der Kopfzeile des Postulates gemachte Zitat stammt aus der Stadtanalyse aus dem Jahre 2010 und die darin enthaltenen Empfehlungen können richtig oder aber auch falsch sein. Eine Mehrheit der Mittefraktion empfindet die Empfehlung als nicht richtig, weshalb das Postulat betreffend dem Ladenmix auch von keinem Fraktionsmitglied unterzeichnet wurde, denn dieses steht in einem Widerspruch zum liberalen Denken. Der Staat bzw. die Stadt Liestal sollte vielmehr günstige Voraussetzungen für gute Verkehrsverbindungen, ein vernünftiges Parkieren auf öffentlichem Grund etc. schaffen und auch noch steuerlich attraktiv sein. Die Entwicklung der Postulats-Idee durch eine private Körperschaft ist kein Problem, doch kann dies sicher nicht zur Aufgabe der Stadt werden. Man müsste

doch Acht darauf geben, dass mit solchen Instrumenten und Vorstössen eine Planwirtschaft eingeführt wird. Wenn der Markt versagt, ist man schnell geneigt, nach dem Staat zu rufen, welcher eingreifen soll. Seine Fraktion lehnt es mehrheitlich ab, dass sich die Stadt in dem neuen Betätigungsfeld gemäss Forderungen der Postulanten engagiert, denn diese Aufgaben sollten doch eher vom KMU-Verein mit rund 240 Mitgliedern übernommen werden.

Roman Schmied (GL) legt dar, dass man sich für eine freie Marktwirtschaft entschieden habe und sollte der Ladenmix nicht den Vorstellungen und Wünschen entsprechen, so gibt es verschiedene mögliche Möglichkeiten. Man akzeptiert, dass Wünsche nicht in Erfüllung gehen oder aber man steuert gegen den Strom, was aber nicht ohne personellen und finanziellen Aufwand möglich ist. Weshalb soll nun aber der Steuerzahler diesen Aufwand bezahlen, wenn der Gewinn den KMU zufällt? Wenn die KMU veränderte Situationen wünschen, so sollen sich diese selbst engagieren und dafür bezahlen. Er spricht sich gegen die Postulatsüberweisung aus, denn der Stadtrat kann und darf für die Forderungen gemäss Postulat nicht zuständig sein, die gewünschten Massnahmen dürfen die Stadt nichts kosten und schlussendlich dürften die Bemühungen sowieso zahnlos bleiben. Und weshalb sollte sich die Stadt zu Gunsten des Detailhandels engagieren, wenn doch ähnliche Forderungen sowie Begehrlichkeiten auch bei anderen Interessengruppen vorhanden sein dürften?

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) irritiert das Umschwenken des Stadtrates betreffend der Übernahme des Postulates. Dass der Vorstoss von der SP-Fraktion unterstützt wird, ist ja noch verständlich. Hingegen findet er es eigenartig, dass das Postulat von der SVP sowie der liberalen FDP unterstützt wird und selbst einige Grüne machen der liberalen Welle mit. Er frage sich schon, was das Ganze soll, denn schlussendlich werden dann die Bemühungen sowieso überflüssig und wirkungslos sein.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf die Voten der letzten zwei Vorredner und stellt fest, dass bei einem Versagen des Marktes bzw. Monopolstellungen wie auch bei der aktuell diskutierten Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ der GLP der Staat eingreifen muss bzw. soll. Und so wäre es nun doch auch wichtig, dass sich der Stadtrat mit weiteren Playern zusammensetzen und gemeinsam an einem Tisch nach Lösungen suchen würde, wie dies im Schlusssatz des Postulates betreffend dem Ladenmix im Stedtli verlangt wird. Die Postulanten erwarten auch keinen langen Bericht des Stadtrates zum Postulat, sondern einfache und pragmatische Lösungsvorschläge.

Patrick Mägli (SP) begrüsst es ebenfalls, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen möchte. Er unterstützt jedoch die Votanten, welche sich dahingehend geäussert hatten, dass in erster Linie die KMU Liestal sowie die Liegenschaftsbesitzer und nicht die Stadt betreffend einem attraktiven Ladenmix im Stedtli in erster Verantwortung stehen. Mit der Übernahme des Postulates könnte nun aber doch auch die Rolle der Stadt geklärt und definiert werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, dass die Forderungen im Postulat nicht mit der heutigen Debatte im Rat deckungsgleich sind, hatten sich doch einige Ratsmitglieder für bessere Rahmenbedingungen im Stedtli ausgesprochen, doch wird dies so nicht im Vorstoss umschrieben. Die klassische Wirtschaftsförderung wird vom Kanton und auch der Stadt betrieben, was auch immer wieder hier im Rat thematisiert wird. Die stadträtliche Meinungsänderung irritiert ihn. Sollte dieser die Rahmenbedingungen für die Ladenbesitzer und das Gewerbe generell im ganzen Gemeindegebiet von Liestal optimieren und verbessern wollen, wäre dies ja begrüssenswert. Wenn der Stadtrat aber den Forderungen der Postulanten nachkommen und neu bezüglich den Standorten und Attraktivitäten von Läden mitbestimmen möchte, ginge ihm dies persönlich gegen den Strich.

Diego Stoll (SP) versteht es, dass man sich im derzeitigen Wahlkampf auch hier im Rat positionieren möchte. Im Vorstoss wird beispielsweise klar formuliert, dass sich der Staat bezüglich der Vermietung von Ladenflächen nicht einmischen und sich der Stadtrat lediglich betreffend einer Koordination von öffentlichen und privaten Interessen engagieren soll. Den Postu-

lanten geht es nicht um eine Planwirtschaft, sondern um das Standortmarketing sowie die Nutzung von bereits bestehenden Synergien geht.

Thomas Eugster (FDP) unterstreicht das Votum des Vorredners und meint, dass man das Postulat einfach nur lesen und verstehen muss, denn verschiedene Aussagen an der heutigen Sitzung müssen als billige Polemik abgetan werden und haben überhaupt nichts mit dem Eingreifen des Staates im freien Markt usw. zu tun.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass der Stadtrat bei einer Überweisung des Postulates ganz klar betreffend einem attraktiveren Ladenmix aktiv werden müsste, was ihm ebenfalls grundsätzlich zuwider ist und wovon er warnen möchte. Bei der stadträtlichen Antwort zum Postulat Nr. 2013/36 betreffend Wirtschaftsförderung hatte der Stadtrat gesagt, dass es im Fokus steht, diejenigen Rahmenbedingungen zu verbessern, welche die Stadt Liestal respektive der Stadtrat direkt und unmittelbar beeinflussen kann. Diese liberale Aussage und Haltung des Stadtrates hatte damals auch seine Fraktion sehr gefreut. Ihm ist ein Fall bekannt, bei welchem es wegen Bauvorschriften nicht möglich war, aus zwei kleineren angrenzenden Läden mit einem Mauerdurchbruch ein attraktiveres sowie grösseres Ladenlokal zu schaffen. Und mit dem Engagement des Stadtrates könnten bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit solche Probleme gelöst werden könnten. Es kann und darf aber nicht die Aufgabe des Stadtrates sein, dass sich dieser betreffend einem attraktiveren Ladenmix mit den Standorten von neuen Coiffeur-Geschäften usw. befasst. Das Postulat soll deshalb nicht an den Stadtrat überwiesen werden.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) sagt, sie habe sich an der letzten Sitzung ihrer Fraktion auch gegen eine Postulatsüberweisung ausgesprochen. Gemäss den gemachten Aussagen an der heutigen Sitzung soll der Stadtrat nur unterstützend wirken, weshalb sie der Überweisung des Postulates nun auch zustimmen wird.

Stadtpräsident Lukas Ott findet die längere Debatte betreffend dem Vorstoss grundsätzlich spannend. Da darüber länger diskutiert wird, als vorgängig beim Kredit von 11.5 Mio. Franken für die Schulhaus-Sanierung, ist die Eingabe des Postulates betreffend dem Ladenmix wohl auch berechtigt. Er möchte sein vorgängige Aussage unterstreichen und klar festhalten, dass der Stadtrat bereit ist, nach der Postulatsüberweisung eine Auslegeordnung zu machen. Das ganze Detailhandelsgeschäft von Liestal und die volkswirtschaftliche Bedeutung möchte man besser verstehen können, diesbezügliche Kennzahlen erheben und weitere Abklärungen treffen, damit man auch die Strategien für die Zukunft definieren kann. Er insistiert auf seiner Aussage, dass es dem Stadtrat insbesondere auch um die Rollenklärung bzw. die Aufgabe der öffentlichen Hand, KMU Liestal usw. geht.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 27 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2014/162 an den Stadtrat überwiesen.

258 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Schulsozialarbeit - Bericht Stadtrat zum Postulat von Dominique Meschberger der SP-Fraktion betreffend Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule (Nr. 2014/122)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) verliest den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion:

Rückweisung Vorlage 2014/122

Der Antrag 2 zu obiger Vorlage hat zur Folge, dass jährlich wiederkehrende Kosten von über CHF 100'000 entstehen.

Gemäss Gemeindeordnung der Stadt Liestal § 7 Abs. 1 sind jährlich wiederkehrende Ausgaben von über CHF 30'000 in Form einer Sondervorlage zu beschliessen.

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag auf Rückweisung der Vorlage 2014/122a, da eine Kenntnisnahme gemäss Antrag 2 die Formalitäten einer Sondervorlage nicht erfüllen.

Gleichzeitig beauftragt die Fraktion der FDP den Stadtrat:

- a) Die effektive Anzahl der Fälle der letzten 3 Jahre in der Primarschule in Liestal zu ermitteln, um daraus die notwendigen Stellenprozente abzuleiten.*
- b) Die in diesen Jahren effektiv angefallenen Kosten für externe Stellen darzulegen, um den effektiven Mehraufwand für die Stadt zu kennen.*
- c) Dem Einwohnerrat aufzuzeigen, wo die neu entstehenden Kosten für die Schulsozialarbeit eingespart werden können.*

Stadtrat Franz Kaufmann hält fest, dass es sich bei der stadträtlichen Vorlage Nr. 2014/122a in erster Linie um eine Beantwortung des Postulates handelt. Der Stadtrat würde es sehr schätzen, wenn man an der heutigen Sitzung darüber inhaltlich diskutieren könnte. Der FDP-Fraktion steht es dann ja immer noch frei, den zweiten Antrag des Stadtrates abzuändern oder eine Sondervorlage betreffend der Finanzierung der Schulsozialarbeit zu verlangen.

Bruno Imsand (FDP) legt dar, dass eine inhaltliche Diskussion gar nicht möglich ist, denn dafür müssten die reglementarischen Bestimmungen der Gemeindeordnung eingehalten und die finanziellen Folgen der wiederkehrenden Ausgaben für die Schulsozialarbeit in einer Sondervorlage ausgewiesen werden, was ja beides nicht zutrifft. Eine Rückweisung des Geschäfts sagt ja nicht aus, dass damit auch die Einrichtung einer Schulsozialarbeit abgelehnt wird. Die FDP-Fraktion hält am Rückweisungsantrag fest.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass nun lediglich über das Eintreten auf das Geschäft diskutiert werden sollte.

Anna Ott (GL) bemerkt, dass die Stelle ja erst ab dem Schuljahr 2016/2017 geschaffen werden soll und somit die Folgekosten und der Stellenplan mit dem Budget 2016 thematisiert werden. Sie fragt sich deshalb, ob deshalb für das Geschäft überhaupt eine Sondervorlage im jetzigen Zeitpunkt nötig ist.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) macht dem Stadtrat den Vorschlag, dass dieser seinen zweiten Antrag zurückzieht, denn dann müsste man auch nicht den Rückweisungsantrag der FDP unterstützen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) sagt, dass bei einer Rücknahme des zweiten Antrages durch den Stadtrat in der Folge auch keine Abschreibung des Postulates an der heutigen Sitzung möglich wäre.

Dominique Meschberger (SP) meint als Postulantin, dass sie gut damit leben könnte, wenn der Stadtrat seinen zweiten Antrag zurückziehen würde. Sie würde es jedoch begrüßen und schätzen, wenn die inhaltliche Diskussion an der heutigen Sitzung geführt werden könnte.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) weist darauf hin, dass es die Sondervorlage so oder so braucht und im Falle eines Rückzuges des zweiten Antrages würde die ganze Diskussion zwei Mal geführt. Die Rückweisung der Vorlage Nr. 2014/122a kann auch nicht als Negativ-Äusserung des Einwohnerrates ausgelegt werden und macht deshalb Sinn. Eine stadträtliche Sondervorlage könnte gegebenenfalls vom Rat auch an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden.

Beat Gränicher (SVP) äussert, es mache wirklich keinen Sinn, über das Geschäft an der heutigen Sitzung zu diskutieren, da die Sondervorlage bzw. wichtige Informationen fehlen.

Hanspeter Stoll (SP) führt aus, dass eine Beratung des Geschäfts erst bei Vorliegen der Sondervorlage durchaus Sinn macht. Betreffend dem langen Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion ist er der Meinung, dass die Fragen der Antragsteller bereits beim Durchlesen des vorliegenden Stadtratsberichtes selbst beantwortet werden könnten. Die formulierten Aufträge an die Adresse des Stadtrates sollten deshalb auch von den Antragstellern zurückgezogen werden.

Stadtrat Franz Kaufmann teilt mit, dass er den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/122a zurücknehmen möchte.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) sagt, dass er nun über den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion für das ganze Geschäft abstimmen lässt.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt den Ordnungsantrag, dass man zuallererst über die Gültigkeit der FDP-Anträge abstimmt. Im Anschluss soll dann über den Rückweisungsantrag mit oder ohne Aufträge an den Stadtrat abgestimmt werden.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) verliert den Antrag der FDP-Fraktion nochmals und informiert darüber, dass er zuerst über den Rückweisungsantrag und erst im Anschluss daran über den zweiten Antrag mit den Aufträgen an den Stadtrat gemäss Buchstaben a - c abstimmen lässt.

://: Der Rat beschliesst die die Rückweisung des stadträtlichen Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2014/122a mit 21 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen, ohne dass er den weiteren Anträgen der FDP-Fraktion folgt.

259 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Allee - Interpellation „Allee - kleine Schanze in Liestal?“ von Diego Stoll der SP-Fraktion und Daniel Spinnler der FDP-Fraktion (Nr. 2014/161)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Die kleine Schanze verfügt über einen Musikpavillon, welcher für öffentliche Veranstaltungen genutzt werden kann. Kiesflächen fürs Pétanque-Spiel, sowie Schach- und Mühlespiele stehen den Besuchern zur Verfügung. Für Kinder befinden sich auf der Rasenfläche Kreisel, welche direkt neben dem Parkcafé verteilt sind. Zum Verweilen laden zudem die schönen Holzliegen ein.“ (Auszug aus der Homepage der Stadt Bern)

Mit grosser Freude haben die beiden Interpellanten vernommen, dass zurzeit im Auftrag der Post eine Projektentwicklungsstudie läuft, welche die Allee mit dem Orisbach im Betrachtungsperimeter enthält (vgl. Entwicklungs- und Finanzplan der Stadt Liestal 2015 - 2019, Seite 51).

Das Projekt bietet für Liestal die bis auf Weiteres wohl einmalige Gelegenheit, das enorme Potenzial der Allee endlich zu nutzen und damit das Zentrum entscheidend aufzuwerten. Den Interpellanten schwebt ein grüner Park (inkl. eines aufgewerteten Orisbachs) mit hoher Aufenthaltsqualität vor, welcher die Bevölkerung mit vielfältigen Angeboten zum Verweilen einlädt (ähnlich der kleinen Schanze in Bern, vgl. Zitat oben). Da bei dieser Konzeption die oberirdischen Parkplätze unweigerlich wegfallen würden, müssten im Gegenzug genügend unterirdische Parkplätze vorgesehen werden. So wäre das Stedli parkplatztechnisch auch vom Südwesten her optimal erschlossen.

Den Interpellanten ist klar, dass Liestal die Projektentwicklungsstudie als Chance sehen sollte und der Post gegenüber offen auftreten muss. Dennoch dürfte es wichtig sein, dass die Politik von Beginn weg im Boot sitzt und Liestals Interessen möglichst umfassend vertritt. Deshalb stellen sich die folgenden Fragen:

- 1. Inwiefern ist der Stadtrat in der Projektentwicklungsstudie eingebunden?*
- 2. Welche Vorstellungen/Wünsche trägt er gegenüber der Post vor?*
- 3. Soll die Allee weiterhin „im Tal“ liegen oder wäre eine Angleichung an das Bahnhof-Niveau denkbar?*
- 4. Was passiert mit dem Jugendzentrum „Haus zur Allee“?*
- 5. Wann ist mit ersten Ergebnissen zu rechnen?*

Liestal, 18. November 2014

Diego Stoll
SP-Fraktion

Daniel Spinnler
FDP-Fraktion

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt Bezug auf den Vorstoss und stellt fest, dass allen im Saal bekannt sein dürfte, dass man aktuell daran ist, den Bahnhof Liestal mit Umgebung zu entwickeln. Eine Machbarkeitsstudie ist in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Liestal ausgearbeitet und im Januar abgeschlossen worden. Dem Stadtrat war es von Anfang an wichtig, dass im Bearbeitungsperimeter auch das ganze Post-Areal und die Allee inkl. Freiflächen berücksichtigt wurden. Die Vorstellungen und Wünsche der Stadt sind auch alle in der Machbarkeitsstudie berücksichtigt worden. Die Aufenthaltsqualität und Ausstrahlung der Allee sollte entscheidend verbessert werden können und bspw. das kantonale Renaturierungsprojekt betreffend dem Orisbach genutzt werden. Die Allee soll zudem vom ruhenden Verkehr bzw.

dem öffentlichen Parkplatz befreit werden, da diese als Stadtpark eine wichtige Position zwischen dem Bahnhof und der Altstadt hat. Anstelle des Parkplatzes Allee soll nebenan ein öffentliches unterirdisches Parkhaus im Postgebäude errichtet werden. Ebenso wichtig ist die Durchgängigkeit vom Bahnhofareal zur Altstadt, welche bspw. hinsichtlich dem Elefantentor neu hindernisfrei sein soll. Enorm wichtig ist auch der Sichtbezug vom Bahnhof zur Altstadt und umgekehrt, zudem soll der Bahnhofplatz auf der Seite gegen die Post klarer gefasst werden. Mit der Geländekante bzw. dem Niveauunterschied von rund 8 Metern zwischen dem Bahnhofareal und der Altstadt sind städtebaulich noch einige anspruchsvolle Herausforderungen zu bewältigen. Damit wird man im Sommer starten, damit man bis Ende 2015 Konkretes weiss. Die von den Interpellanten thematisierte Schanzen-Lösung dürfte angesichts der geplanten Aufwertung der Allee in Liestal wohl nicht näher prüfenswert sein, zumal die Allee bzw. der frühere Stadtgraben topografisch irgendwie zu Liestal gehört. Betreffend dem Jugendzentrum „Haus zur Allee“ und weiteren Liegenschaften im der Allee-Umgebung ist natürlich Klärungsbedarf nötig, denn das betreffende Gebiet wird so oder so Veränderungen erfahren.

Diego Stoll (SP) hält als Interpellant fest, dass er mit den Antworten sehr zufrieden ist und die Diskussion wünscht.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) dankt für das rasche Handeln der Exekutive und freut sich, dass die von den Interpellanten gewünschten Elemente betreffend der Allee-Qualitätsverbesserung, der Orisbach-Renaturierung usw. auch der Stossrichtung sowie den Wünschen und Vorstellungen des Stadtrates entsprechen.

Daniel Spinnler (FDP) meint als Mitunterzeichner des Vorstosses, dass auch er erfreut von den Ausführungen des Stadtpräsidenten Kenntnis genommen habe. Er macht beliebt, dass man bei den weiteren Abklärungen betreffend einem möglichen Niveau-Ausgleich zwischen dem Bahnhof und der Altstadt doch noch die Schanzen-Lösungsvariante prüft. Er hofft, dass die verschiedenen Projekte gemäss den Ausführungen des Stadtpräsidenten und Bericht in der heutigen Basellandschaftlichen Zeitung auch so realisiert werden können.

Lisette Kaufmann (GL) erklärt, auch ihre Fraktion nehme von der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation zustimmend Kenntnis. Hoffentlich wird nach der erwähnten Renaturierung der Orisbach wieder dem Namen Bach gerecht.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) findet die Visionen des Stadtrates sowie der Interpellanten super. Betreffend dem Post-Parkhaus möchte er mitgeben, dass die Erschliessung desselben zu einer ganz schwierigen Aufgabe werden dürfte. Vielleicht könnten ja Synergien mit dem neuen P+R Oristal genutzt werden, was mit einer Unterführung bei den Bahnlinien möglich wäre.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, auch er habe vom heutigen Zeitungsbericht sowie den Ausführungen des Stadtpräsidenten erfreut Kenntnis genommen. Den Vorschlag des Interpellanten Daniel Spinnler betreffend der Schanzen-Variante kann er ebenfalls unterstützen, zumal die Allee bei einer Aufschüttung nicht mehr so eingeeengt wäre und als Park ja auch von einer besseren räumlichen Grosszügigkeit profitieren könnte.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/161.

260 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Fragestunde

1. Frage / Diego Stoll (SP) - Bauernmarkt

Im Zuge des Abrisses der alten Manor verschwand der Bauernmarkt aus der Rathausstrasse. Sein Standort war seither mehrmals Thema im Einwohnerrat. Die Bauarbeiten neigen sich nun dem Ende zu. Soll der Bauernmarkt in die Rathausstrasse zurückkehren (z.B. auf der Höhe des ehemaligen Stedtiladens)? Was meinen die Standbetreiber?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Marktverlegung wird tatsächlich überprüft, doch wurde noch nichts entschieden. Gemäss Gesprächen mit dem Marktfahrern bzw. Standbetreibern im Oktober sind die Meinungen betreffend dem Bauernmarkt-Standort sehr unterschiedlich. Man wird mit diesen weitere Gespräche führen sowie eine Standortverlegung prüfen, nachdem man auch weitere Beteiligte wie die tangierten Gewerbetreibenden, die Feuerwehr usw. angehört hat.

2. Frage / Hans Rudolf Schafroth (SVP) - Benützung öffentlicher Parkplätze

Es wird festgestellt, dass teilweise öffentliche, gebührenpflichtige Parkplätze für private und gewerbliche Interessen auch tageweise blockiert werden. Hat der Stadtrat davon Kenntnis und besteht diesbezüglich eine Abgeltungs-Regelung?

Stadträtin Marion Schafroth: Bis anhin wurde lediglich einmal ein gebührenpflichtiger Parkplatz für eine gewerbliche Nutzung während einer Woche vergeben, wofür auch eine Gebühr erhoben wurde. Ansonsten werden diese nur vergeben, wenn dies eine aussergewöhnliche betriebliche Notwendigkeit wie beispielsweise das Stellen eines Kühlcontainers während der Umbauphase eines Ladengeschäfts usw. erfordert. Die Kosten in der Höhe der Handwerkerparkkarte werden einheitlich erhoben.

3. Frage / Dominique Meschberger (SP) - Geschwindigkeitskontrollen

Weiterhin ist auffällig wie oft die Geschwindigkeitsgrenzen mittelstark bis stark überschritten werden innerhalb der Begegnungszone. Einmal mehr ist meine Frage: Werden Kontrollen gemacht, werden Verstösse bestraft und könnte mal wieder Geschwindigkeitsanzeigetafeln aufgestellt werden? Es gibt auch sogenannte „Intelligente Ampeln“, welche Rot aufleuchten bei Geschwindigkeitsüberschreitungen. Wäre der Einsatz solcher möglich?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Geschwindigkeiten werden subjektiv wahrgenommen. In den Begegnungszonen werden zwar nicht permanent, aber doch regelmässig Radarkontrollen an unterschiedlichen Tagen und zu unterschiedlichen Zeiten durchgeführt. Dabei werden jeweils rund 10 - 20% der gemessenen Fahrzeuge wegen überhöhter Geschwindigkeit gebüsst. Es handelt sich jeweils um geringe Überschreitungen, die Tempo 30 auch nicht überschritten hatten. Die Stadt Liestal verfügt über zwei Geschwindigkeitsanzeigetafeln, welche regelmässig für eine begrenzte Zeitdauer auf dem gesamten Stadtgebiet im Einsatz stehen. Der Einsatz von intelligenten Ampeln ist eine gute Idee und wird von der Verwaltung hinsichtlich Kosten und Nutzen geprüft.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 18.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Heinz Lurf

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann